PARTEITAG DER SPD BOCHUM 17. BIS 19. NOVEMBER 2003

Gleichstellungsbericht

Berichterstatterin:

Karin Junker, MdEP Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Frauen (ASF) und Mitglied des Parteivorstandes der SPD



INHALTSVERZEICHNIS

	eitung Karin Junker, MdEP lesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
	Mitglied des Parteivorstandes der SPD
1.	Die SPD auf Bundesebene7
1.1.	Mitgliederentwicklung7
1.2.	Parteivorstand, Präsidium, Parteirat8
1.3.	Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 20039
1.4.	Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag
	November 2001 nach Landesverbänden / Bezirken10
1.5.	Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes
	(Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)11
1.6.	Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren12
2.	Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene13
7 1	
2.1.	Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1997 bis 200213
2.2.	
۷.۷.	Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken
2.3.	(Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent (Stand: 31.12.2002)
2.5.	Vorstände der Landesverbände, die <u>nicht</u> den Status von Bezirken haben 18
2.4.	Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände
2. 4 . 2.5.	Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine20
2.5.	vorsitzende und vorstande der Ortsvereine20
3.	Parlamente / Fraktionen / Regierungen21
3.1.	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Par-
	lament21
	Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Euro-
	päischen Parlaments 1979 bis 200321
3.2.	SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag22

3.2.1	Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949	. 22
3.2.2	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	. 23
3.2.3	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	. 23
3.2.4	Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen	. 24
3.2.4.1	Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der	
	Ausschüsse und Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages	. 24
3.2.4.2	Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion	. 25
3.3	Bundesregierung	. 25
3.4	SPD-Fraktionen der Länderparlamente	.26
3.4.1	Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen	
	(Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	.26
3.4.2.	Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder	. 27
	Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	. 27
3.4.3	Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und –Ausschussvorsitzenden	. 28
3.5	Landesregierungen	.29
3.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	.29
3.5.2	Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht	t
	beteiligt ist	.30
4.	Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen	
	in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositio-	•
	nen	
4.1.	Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr Ein-	
	wohnerInnen (Stand 1.1.2001)	31
4.2.	Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen	
	(Stand: 1.9.2003)	. 32
4.3.	Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Verglei	
	zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Eben	e
	(Stand: 31.5.2003)	
4.4.	Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SG	Ks
	(Stand 31.08.2003)	. 33
5.	Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	.34
5.1.	SPD-Parteivorstand	
5.2	Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD	
	- Personalreferat	. 35
5.3.	SPD-Landesverbände, -Bezirke und –Unterbezirke,	
	Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände	.36
	Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	

Einleitung Karin Junker, MdEP

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Fünfzehn Jahre nach dem "Quotenbeschluss" auf dem Münsteraner Parteitag ist in Form einer Zwischenbilanz zu fragen, was die Satzungsverpflichtung gebracht hat, für alle Ämter, Funktionen und Mandate zumindest vierzig Prozent jedes Geschlechtes zu berücksichtigen. Es gibt Highlights, zum Beispiel, dass die Hälfte der Bundesministerien mit Frauen besetzt sind und hier das praktiziert wird, was mit dem "Quotenbeschluss" gewollt war: Geschlechterparität.

Es gibt inzwischen vielerorts eine Art von solider Frauenbeteiligung, die in Parität münden könnte, und natürlich auch Ausreißer im negativen Sinn. Wer sich in der Partei umsieht und umhört, muss allerdings feststellen, dass der "Quotenbeschluss" häufig nicht als Mindestabsicherung für beide Geschlechter interpretiert, sondern als "Frauenquote" missverstanden wird. Deshalb wird bei der Frauenförderung nicht selten so gerechnet: Beteiligung bis 40 Prozent muss zwar sein, aber dann ist Schluss!

Es liegt vor allem an den Frauen in der SPD klarzumachen, dass Männer nicht einen politisch angeborenen Anspruch auf 60-Prozent-Beteiligung haben. Ein Blick in die Zahlen des Quoten-Geburtsjahrs zeigt: Die jahrelange vorbereitende Debatte und Willensbildung hatte 1988 schon einen beachtlichen Schub an Frauenbeteiligung gebracht, auf dem dann aufgebaut werden konnte. Besonders die Entwicklung in den neuen Ländern belegt: Von null auf hundert funktioniert nicht. Da ist noch besonders viel zu tun.

Aber der Reihe nach. Die <u>Mitgliederentwicklung</u> gibt auch bei den Frauen keinen Anlass zur Freude. Zählten 1988 noch 240.325 zu den Parteibuchinhaberinnen (der Höchststand war 1990 mit 250.906 weiblichen Mitgliedern erreicht), waren es 2002 nur noch 205.950. Prozentual kletterte ihr Anteil von 26,35 Prozent (1988) über 27,30 Prozent (1990) auf 29,68 Prozent (2002). Spezifisch auf Frauen zugeschnittene Mitgliederwerbekampagnen sind ausgeblieben. Sie täten vor allem in Bezirken und Landesverbänden mit unterdurchschnittlichen Frauenanteilen Not.

Regional unterschiedlich ist der Anteil <u>weiblicher Mitglieder in den Landesverbänden</u> <u>und Bezirken.</u> In Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland übersteigt er 30 Prozent, in Thüringen, Hessen-Süd, Sachsen-Anhalt, Hessen-Nord und Sachsen unterschreitet er 27 Prozent.

Der Frauenanteil im <u>Parteivorstand</u> erreichte 1988 34,1 Prozent, stieg 1997 auf den bisherigen Höchststand von 51,1 Prozent und kam 2001 auf 42,4 Prozent. Hier zeigt sich, was auch anderen Daten zu entnehmen ist: In einigen Jahren nach dem "Quotenbeschluss" boomte der Frauenanteil, was auch einem gewissen Nachholbedarf entsprach, bevor er wieder Richtung "Quotengrenze" sank, was nicht ohne Misstrauen registriert wird.

Der Frauenanteil im <u>Präsidium</u> kam 1988 auf 31,3 Prozent und bewegte sich ab 1993 stabil auf über 45 Prozent (2001: 48,1 Prozent).

Ähnlich entwickelte sich der <u>Frauenanteil bei den Delegierten zu Bundesparteitagen</u>, der 1988 36,6 Prozent betrug und seitdem immer über 40 Prozent lag mit einem Spitzenwert von 47,7 Prozent in 2001. Je nach Bezirken bzw. Landesverbänden ergaben sich

unterschiedliche Werte, die z. B. 2001 für die Pfalz, Weser-Ems, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Teil weit unter der 40-Prozent-Marke lagen. Die guten Durchschnittswerte dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass nicht alle Untergliederungen ihren Verpflichtungen nachkommen.

Für die beim Parteivorstand angesiedelten <u>Kommissionen</u> ergibt sich ein ziemlich heterogenes Bild: Von insgesamt 10 Kommissionen kommen drei auf einen Frauenanteil von über 40 Prozent, sieben bleiben darunter. Am besten schneidet die Grundwertekommission ab, am schlechtesten die Kommission für Internationale Politik mit beschämenden 12,5 Prozent. Fünf Kommissionen werden immerhin von einer Frau als Vorsitzende geführt, in der europapolitischen Kommission gibt es einen Ko-Vorsitz.

Eine ziemliche Schwankungsbreite tritt auch bei den Arbeitsgemeinschaften und Foren auf. Der Frauenanteil der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus und der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD sowie das Forum Eine Welt und das Forum Familie haben einen Frauenanteil von über 40 Prozent, bei Jusos und Juso-Hochschulgruppen sind es exakt 40 Prozent. Sieben Kommissionen bzw. Foren schaffen diese Werte nicht, etwa das Forum Nachhaltigkeit und Mobilität (24,4 Prozent). Fünf Frauen und zehn Männer stehen an der Spitze einer Arbeitsgemeinschaft bzw. eines Forums (nicht eingerechnet die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen).

Ein Blick auf die Statistik der Landesverbände und Bezirke demonstriert einmal mehr, dass die SPD als <u>Partei der Stellvertreterinnen</u> stagniert. Nur in Baden-Württemberg und Sachsen gibt es eine Vorsitzende, in Bremen noch nicht einmal eine Stellvertreterin. Die Plätze in der ersten Reihe, die das äußere Erscheinungsbild prägt, sind somit weiterhin weitgehend mit Männern besetzt. Berlin, Nord-Niedersachsen und das Saarland weisen sogar in ihren Gesamtvorständen noch nicht einmal die vorgeschriebene 40-Prozent-Frauenbeteiligung auf, im Saarland wurde sie allerdings nur sehr knapp (39,1 Prozent) verfehlt. Besonders schwach ist das Bild bei Unterbezirken, Kreisverbänden und Ortsvereinen, wo Frauen nur im Ausnahmefall an der Spitze stehen und in vielen Vorständen auch sonst unterrepräsentiert sind.

Günstiger sieht es bei den Mandatsträgerinnen aus: 40 Prozent der Europaabgeordneten und 37,8 Prozent der Bundestagsabgeordneten sind weiblich. Die Aufgabenverteilung für letztere ist jedoch höchst unterschiedlich ausgefallen. In zwölf Ausschüssen liegt der Frauenanteil bei 40 Prozent und mehr, in zehn Ausschüssen unter vierzig Prozent. Die meisten SPD-Frauen finden sich in den Ausschüssen für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Tourismus und Petitionen, die wenigsten im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und im Auswärtigen Ausschuss. Kleiner Trost: Die SPD-Ausschussvorsitze sind mit 5 : 5 paritätisch verteilt. Dennoch kann auf Dauer nicht hingenommen werden, dass Frauen ganze Politikbereiche so gut wie vorenthalten werden. In den Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion sind Frauen mit 38,1 Prozent (acht von 21) beteiligt, was ihrem Anteil in der Fraktion entspricht. Um die Entwicklung würdigen zu können, muss man sich vor Augen führen, dass der Frauenanteil in der SPD-Bundestagsfraktion fünf Jahre vor der "Quote" mit 8,9 Prozent noch unter zehn Prozent und auch 1988 noch unter 17 Prozent lag. Der Tiefststand war 1972 mit 5,4 Prozent zu verzeichnen. Was lernen wir daraus? Z. B. dass Frauen noch lange nicht auf Erbhöfe vertrauen dürfen.

Auch bei den Landtagen hat es positive Effekte gegeben, die jedoch teilweise durch das regionale Wahlrecht stark behindert werden. In sieben Landtagen liegt der Frauenanteil bei 40 Prozent und mehr, vornehmlich in den Stadtstaaten, in neun jedoch unter 40 Prozent. Spitzenreiter ist Berlin mit 47,7 Prozent, Schlusslicht Baden-Württemberg mit 26,6 Prozent, was auch im Wahlrecht begründet ist. Auf diesen Mangel kann man sich aber nicht bei einem Frauenanteil von nur 18,7 Prozent im Fraktionsvorstand berufen.

Der Frauenanteil in den SPD-geführten Landesregierungen unterscheidet sich nicht mehr so positiv von den unionsgeführten Landesregierungen, die in jüngster Zeit "nachgelegt" haben. Vorreiterfunktion hat Schleswig-Holstein mit der immer noch nur einzigen Ministerpräsidentin sowie mit einem paritätisch besetzten Kabinett.

Für die <u>Räte in den Kommunen</u> lässt sich pauschal sagen: Je größer die Einwohnerzahl, desto besser die Frauenbeteiligung. "Quotengerecht" sind die Ergebnisse nur in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Weibliche (Ober-) Bürgermeister gibt es ebenso wie Fraktionsvorsitzende nur im Ausnahmefall. Entsprechend unterdurchschnittlich ist die Frauenbeteiligung in vielen SGK-Vorständen. Rühmliche Ausnahme hier: Bremen mit 54,5 Prozent.

Besonders enttäuschend ist die nach wie vor weitgehende Frauenlosigkeit in Führungspositionen im <u>hauptamtlichen Apparat der SPD.</u> Für das Willy-Brandt-Haus heißt das: Abteilungsleiterinnen – Fehlanzeige, Referatsleiterinnen – Fehlanzeige, Führung der Vorstandsbüros – magere 18,2-Prozent-Beteiligung (zwei Frauen), Referentinnen – 52,8 Prozent, Beschäftigte in Büro und Technik 56 Prozent. Bei den Bezirken und Landesverbänden sieht es nicht besser aus. Unter 18 leitenden Geschäftsführern verliert sich eine Frau (in Sachsen-Anhalt), unter den sonstigen Landes- und Bezirksgeschäftsführern gibt es gerade einmal eine Handvoll Frauen, aber unter den Beschäftigten "ohne politische Zuständigkeiten" häufen sie sich.

Zumindest im Willy-Brandt-Haus soll das nicht so bleiben. Man hat sich dort inzwischen der Umsetzung des Beschlusses vom letzten ordentlichen Bundesparteitag angenommen und damit begonnen, an einer Verbesserung der derzeitigen Situation zu arbeiten. Das Thema Gender Mainstreaming wurde mittlerweile in die Weiterbildungsprojekte der Hauptamtlichen des Parteivorstandes aufgenommen. Die hierfür eingerichtete paritätisch besetzte Arbeitsgruppe will längerfristig eine paritätische Verteilung von Männern und Frauen in den Führungspositionen des Willy-Brandt-Hauses erreichen und eine gendergerechte Personalentwicklungsplanung umsetzen, was nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit ist, sondern auch aus inhaltlichen Gründen dringend erforderlich ist. Solange der hauptamtliche Apparat so männerdominiert ist, wird es weiterhin Papiere, Reden, Presseerklärungen, Veranstaltungsplanungen, Kampagnen etc. ohne jeden Genderbezug geben, die, wenn überhaupt, oft nur mühsam nachgebessert werden können. Damit erfolgt das Handeln an der Zielgruppe Frauen schlichtweg vorbei: Dies kann von einer Frauenarbeitsgemeinschaft allein nicht ausgeglichen werden. Die künftigen Gleichstellungsberichte werden Gradmesser für die Erfolge sein.

Die letzten Wahlergebnisse haben uns drastisch vor Augen geführt, dass uns auch die Frauen das Vertrauen entziehen. Ihre Stimmen werden wir mühsam zurück erobern müssen. Das kann nicht gelingen ohne eine zielgerichtete Politik für Frauen mit Frauen in ehrenamtlichen Funktionen, Mandaten und Parteihäusern. Die Partei muss auf allen Ebenen die Konsequenzen insbesondere aus dem unbefriedigenden Zustand in den lokalen Untergliederungen und den kommunalen Politikvertretungen ziehen, etwa

durch zielgruppengerecht ausgestaltete Ermutigungs- und Qualifizierungsprogramme sowie durch Arbeitsstrukturen, die auf die zeitlichen Möglichkeiten von Frauen eingehen.

Fünfzehn Jahre nach dem "Quotenbeschluss" von Münster ist festzustellen, dass Frauen in der SPD erfreulich aufgeholt, aber keineswegs überall die Mindestabsicherung von 40 Prozent erreicht haben. Man muss nicht übertrieben pessimistisch sein, um zu befürchten, dass in weiteren zehn Jahren, die die Satzungsvorschrift der Quote noch gibt, keineswegs überall zuverlässig die Mindestabsicherung erfüllt sein wird. Schon heute zeigen sich hier und dort allerlei Bemühungen, die Quote zu umgehen und am liebsten außer Kraft zu setzen. Deswegen mussten schon ganze Kommunallisten neu "gestrickt" werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass manche Genossen nur darauf warten, dass die Quote nicht mehr gilt, um Frauen die Mandate und verantwortlichen Positionen wieder abzujagen, zumal in einer Zeit, in der auch diese Verteilungskämpfe härter werden.

Dem Parteivorstand ist daher zu danken, dass er sich das Anliegen der ASF zu Eigen gemacht hat, die Befristung aus der Satzung zu streichen. Die Frauen innerhalb und außerhalb der SPD sollen darauf bauen können, dass innerparteiliche Gleichstellung eine dauernde Aufgabe ist und nicht limitiert werden darf. Für Männer bleibt die Beteiligungsgarantie von 40 Prozent und die Beteiligungschance von 60 Prozent ebenso wie für Frauen. Aus heutiger Sicht hat niemand etwas zu verlieren, aber alle können gewinnen. Bleibt zu hoffen, dass der Parteitag sich diese Sicht der Dinge ebenfalls zu Eigen macht und dem Satzungsänderungsantrag zustimmt als einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit.

1. Die SPD auf Bundesebene

1.1. Mitgliederentwicklung

Jahr	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der weiblichen	Frauenanteil in Pro-
	gesamt	Mitglieder	zent
1984	916.485	227.518	24,83
1986	912.854	233.708	25,60
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.129	250.906	27,30
31.12.1993	861.480	240.053	27,87
31.12.1994	849.474	238.192	28,04
31.12.1995	817.650	230.952	28,25
31.12.1996	792.773	225.622	28,46
31.12.1997	776.183	222.577	28,68
31.12.1998	775.036	224.213	28,93
31.12.1999	755.066	220.003	29,14
31.12.2000	734.667	215.633	29,35
31.12.2001	717.513	211.863	29,53
31.12.2002	693.894	205.950	29,68

1.2. Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

	1988	1990	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003
Partei-									
vorstand									Wahlauf
insgesamt	41	51	45	45	45	45	45	45	dem Par-
									teitag
davon Frau-	14	18	17	19	21	23	21	19	Novem-
en									ber
									2003
Frauenanteil	34,1	35,3	37,8	42,2	46,7	51,1	46,7	42,4	
in %									
Präsidium									
insgesamt	11	13		13	13	13	13	13	
			keine						Wahl
davon Frau-	4	5	Angabe	5	5	5	6	7	Ende 2003
en									
Frauenanteil	36,4	38,5		38,5	38,5	38,5	46,2	53,8	
in %									
Parteirat									
insgesamt	88	110		111	110	110	109	108	110
			keine						
davon Frau-	28	41	Angabe	50	50	50	49	52	52
en									
Frauenanteil	31,3	37,2		45,0	45,5	45,5	45,0	48,1	47,3
in %									

Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 2003 1.3

	Anzahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1998 ¹	229	44,6
1999	217	45,2
2001	229	47,7
20022	203	45,9
20023	184	43,6
20034	211	46,0

¹ Außerordentlicher Parteitag Bonn 25.10.1998

² Außerordentlicher Parteitag Berlin 02.06.2002

³ Außerordentlicher Parteitag Berlin 20.10.2002

⁴ Außerordentlicher Parteitag Berlin 01.06.2003

1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2001 nach Landesverbänden / Bezirken

Landesverband / Bezirk	Zahl der De-	Zahl der	Frauenanteil
	legierten	weiblichen	in Prozent
	insgesamt	Delegierten	
Schleswig-Holstein	19	9	47,4
Mecklenburg-	5	2	40,0
Vorpommern			
Hamburg	10	6	60,0
Bremen	5	2	40,0
Nord-Niedersachsen	6	3	50,0
Weser-Ems	16	6	37,5
Hannover	26	14	53,8
Braunschweig	11	6	54,5
Sachsen-Anhalt	7	2	28,6
Brandenburg	9	5	55,5
Berlin	13	7	53,8
Ostwestfalen-Lippe	14	8	57,1
Westliches Westfalen	58	27	46,5
Niederrhein	34	14	41,2
Mittelrhein	26	11	42,3
Hessen-Nord	18	10	55,5
Hessen-Süd	34	14	41,2
Thüringen	7	2	28,6
Sachsen	9	4	44,4
Saar	18	8	44,4
Rheinland / Hessen-	16	8	50,0
Nassau			
Rheinhessen	6	3	50,0
Pfalz	13	5	38,5
Baden-Württemberg	39	19	48,7
Bayern	61	34	45,9
Gesamt	480¹	229	47,7

¹ Ohne Mitglieder des Parteivorstandes

1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

	Vorsitz Mann / Frau	Stv. Vor- sitz	Zahl der Mitglieder insgesamt	Zahl der weiblichen Mitglieder	Frauenan- teil in Prozent
Kommission Grundwerte	Mann	1 Mann / 1 Frau	13	6	46,0
Kontrollkommission	Frau	1 Mann	9	4	44,4
Bundesschiedskommission	Frau	1 Mann / 1 Frau	7	3	42,9
Kommission Verbraucher- schutz, Ernährung und Landwirtschaft	Frau	Mann	34	14	38,9
Beirat der Parteischule	Frau	1 Frau	16	4	37,5
Historische Kommission	Mann	1 Mann / 1 Frau	31	11	35,5
Programmkommission	Mann	3 Männer / 2 Frauen	48	14	29,2
Medienkommission	Frau	./.	11	3	27,3
Europapolitische Kommission	Mann / Frau	./.	60	15	25,0
Kommission Internationa- le Politik	Mann	1 Mann	24	3	12,5

Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren¹ 1.6

	Vorsit	zende	stellvertre- tende Vorsit- zende		weitere Vor- stands- mitglieder		Frauen- anteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in Pro- zent
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	3	3	17	17	100,0
Forum Eine Welt	0	1	3	2	./.	./.	75,0
Forum Familie	0	1	./. 2	./. 2	16	11	70,6
Arbeitsgemeinschaft Sozi- aldemokratinnen und So- zialdemokraten im Ge- sundheitswesen (ASG)	1	0	2	2	8	3	45,4
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	1	0	2	1	6	3	44,4
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	1	0	2	2	4	1	42,9
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	1	0	8	4	1	0	40,0
Bundesvorstand der Juso- Hochschulgruppen	1	0	./.	./.	5	2	40,0
Arbeitsgemeinschaft Sozi- aldemokratischer Juristin- nen und Juristen (ASJ)	1	0	1	1	8	3	40,0
Arbeitsgemeinschaft e- hemals verfolgter Sozial- demokraten (AvS)	0	1	1	0	6	2	37,5
Kulturforum der Sozial- demokratie	1	0	1	1	9	3	36,4
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	3	1	25	9	34,5
Arbeitsgemeinschaft Selb- ständige in der SPD (AGS)	1	0	5	2	7	2	30,8
Kuratorium des Wissen- schaftsforums der Sozial- demokratie	0	1	./.	./.	13	3	28,6
Forum Nachhaltigkeit und Mobilität	0	1	./.	./.	44	10	24,4
Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. (FOD)-Vorstand ²	1	0	1	1	6	0	12,5

 ¹ Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent
 ² Daneben gibt es einen Beirat mit 35 Mitgliedern, davon sind 11 Frauen (31,43%). Das FOD hat eine Geschäftsführerin. Der Frauenanteil von Vorstand, Beirat und Geschäftsführerin gesamt beträgt 29,55%.

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1997 bis 2002

Landesver-						
bände/	31.12.1997	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002
Bezirke						
Schleswig-	30.511	30.254	29.178	28.475	27.803	27.271
Holstein*)	10.316	10.257	9.947	9.770	9.545	9.351
Mecklenburg-	3.576	3.420	3.508	3.462	3.363	3.343
Vorpommern	976	949	999	986	968	980
Hamburg	15.884	15.527	14.760	14.355	14.025	13.787
	5.542	5.386	5.127	4.981	4.863	4.742
Bremen	8.014	7.705	7.417	7.055	6.776	6.570
	2.463	2.373	2.305	2.190	2.119	2.079
Nord-Nieder-	8.989	8.999	8.725	8.551	8.497	8.242
sachsen	2.397	2.437	2.399	2.400	2.392	2.328
Weser-Ems	26.250	26.287	25.463	24.993	24.780	23.900
	7.167	7.256	7.075	7.016	7.012	6.802
Hannover	44.018	43.704	42.478	41.531	41.184	39.820
	12.035	12.078	11.791	11.658	11.717	11.401
Braun-	18.831	18.844	18.388	17.840	17.693	17.113
schweig	5.097	5.153	5.038	4.929	4.911	4.785
Sachsen-	6.096	6.130	6.150	5.870	5.694	5.446
Anhalt	1.578	1.578	1.610	1.548	1.507	1.450
Brandenburg	6.936	7.575	7.544	7.518	7.547	7.472
	1.775	1.979	2.025	2.060	2.089	2.079
Berlin	21.262	20.578	20.430	20.189	20.039	19.057
	6.870	6.665	6.646	6.564	6.513	6.259
Ostwestfa-	23.004	22.863	22.389	21.749	21.176	
len-Lippe	6.286	6.315	6.221	6.093	5.955	Nord-
Westliches	103.416	103.347	100.423	96.652	92.870	rhein-
Westfalen	32.547	32.637	31.888	30.892	29.834	West-
Niederrhein	54.508	54.710	53.302	51.119	48.926	falen¹
	16.330	16.562	16.213	15.634	15.042	
Mittelrhein	44.300	44.846	43.218	41.770	40.206	194.652
	14.086	14.279	13.790	13.383	12.876	61.130
Nordrhein-	225.228	225.766	219.332	211.290	203.178	
Westfalen	69.249	69.793	68.112	66.002	63.707	
Hessen-Nord	35.145	34.827	33.989	33.239	32.432	31.307
	8.289	8.286	8.160	8.062	7.962	7.718
Hessen-Süd	64.682	63.438	61.300	59.804	58.261	55.827
	16.484	16.355	15.912	15.642	15.379	14.897

_

¹ Durch Organisationsreform wurden die bisherigen vier Bezirke am 01.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengelegt.

Landesver- bände/ Bezirke	31.12.1997	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002
Thüringen	5.587	5.781	5.857	5.694	5.556	5.402
	1.434	1.523	1.586	1.545	1.499	1.445
Sachsen	5.246	5.358	5.280	5.198	5.133	5.022
	1.210	1.237	1.242	1.224	1.210	1.194
Saar	37.008	37.579	36.673	35.533	34.107	32.666
	10.874	11.173	11.014	10.718	10.331	9.925
Rheinland/	27.729	27.503	27.205	26.201	25.633	
Hessen- Nassau	6.870	6.909	6.933	6.717	6.627	Rhein- land-
Rheinhessen	10.882	10.745	10.668	10.359	10.172	Pfalz ¹
	3.285	3.279	3.280	3.235	3.205	56.958
Pfalz	25.247	24.952	24.664	23.919	23.188	15.628
	6.495	6.513	6.546	6.399	6.221	
Rheinland-	63.858	63.200	62.537	60.479	58.993	
Pfalz	16.650	16.701	16.759	16.351	16.053	
Baden-	52.565	52.332	51.156	50.784	50.077	49.243
Württemberg	15.072	15.126	14.948	15.063	14.935	14.757
Bayern	98.213	97.732	94.901	92.807	92.375	90.796
	27.720	27.908	27.292	26.924	27.151	27.000
SPD gesamt	777.899	775.036	755.066	734.667	717.513	693.894
Männer	554.701	550.823	535.024	519.034	505.650	487.944
Frauen	223.198	224.213	219.987	215.633	211.863	205.950
Frauenanteil	20.40					
in %	28,69	28,93	29,13	29,35	29,52	29,68

*) 1. Zeile: gesamt 2. Zeile: weiblich

¹ Durch Organisationsreform wurden die bisherigen drei Bezirke am 14.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Rheinland-Pfalz zusammengelegt.

2.2. Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent (Stand: 31.12.2002)

Landesverbände/ Bezirke	gesamt	weiblich	Frauenanteil in Pro- zent
Hamburg	13.787	4.742	34,39
Schleswig- Holstein	27.271	9.351	34,29
Berlin	19.057	6.259	32,84
Bremen	6.570	2.079	31,64
Nordrhein-Westfalen	194.652	61.130	31,40
Saar	32.666	9.925	30,38
Baden-Württemberg	49.243	14.757	29,97
Bayern	90.796	27.000	29,74
Mecklenburg- Vorpommern	3.343	980	29,31
Hannover	39.820	11.401	28,63
Weser-Ems	23.900	6.802	28,46
Nord-Niedersachsen	8.242	2.328	28,25
Braunschweig	17.113	4.785	27,96
Brandenburg	7.472	2.079	27,82
Rheinland-Pfalz	56.958	15.628	27,44
Thüringen	5.402	1.445	26,75
Hessen-Süd	55.827	14.897	26,68
Sachsen-Anhalt	5.446	1.450	26,63
Hessen-Nord	31.307	7.718	24,65
Sachsen	5.022	1.194	23,78

Vorstände der Landesverbände und Bezirke¹ 2.3

Landesverband / Be- zirk	weibliche Landes -/ Be- zirks- vorsitzende	stellvertre- tende Vorsit- zende	it-				
		gesamt / davon Frauen	und in Prozen	Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999 und 2001)			
			1999	2001	2003		
Schleswig-Holstein	nein	2/1		7 / 17	5 / 11		
			47,1	41,2 7 / 15	45,4 8 / 16		
Mecklenburg- Vorpommern	nein	2/1					
		2 / 2	46,7	46,7 11 / 25	50,0 12 / 30		
Hamburg	nein	2/2		11 / 25	12 / 30		
			50,0	44,0	40,0		
Bremen	nein	1/0		7 / 17	8 / 17		
			41,2	41,2 7 / 15	47,1 5 / 16		
Nord-Niedersachsen	nein	3/1					
			40,0	46,7 8 / 18	31,3 8 / 18		
Weser-Ems	nein	3 / 2					
Hannan	•	2 / 2	44,4	44,4 9 / 21	44,4 9 / 21		
Hannover	nein	3 / 2					
Drawashwaia	• .	2/1	47,6	42,9 6 / 15	42,9 6 / 15		
Braunschweig	nein	2/1					
Cachean Anhalt		2 /1	46,7	40,0 7 / 17	40,0		
Sachsen-Anhalt	nein	3/1			8 / 17		
			41,2	41,2 7 / 17	47,0 7 / 17		
Brandenburg	nein	4/2	40,0				
D. I.				41,2	41,2 9 / 34		
Berlin	nein	4/2		7 / 13			
			50,0	53,8	27,0		

¹ Quelle: eigene Angaben der Landesverbände und Bezirke

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes -/ Be- zirks- vorsitzende	stellvertre- tende Vorsit- zende	Landes-/Bezirksvorstän -		
		gesamt / davon Frauen	und in Prozen von	1999 und 200	ch Angaben 01)
			1999	2001	2003
Ostwestfalen-Lippe ¹	nein	1/0		7 / 17	
			41,2	41,2 9 / 20	Nord-
Westliches Westfalen	nein	3/2			rhein- West-
N. I. I.		2/1	40,0	45,0 6 / 14	falen ²
Niederrhein	nein	2/1	40,0		17 / 36
Mittelrhein	nein	2/1	40,0	42,9 10 / 23	47,22
	nem	2 / 1	43,5	-	,
Nordrhein-Westfalen	nein	4/2		43,5 10 / 19	
			50,0	52,6	
Hessen-Nord	nein	2/1		52,6 10 / 19	8 / 19
			42,1	52,6	42,0
Hessen-Süd	nein	2/1		9 / 20	42,0 9 / 20
			40,0	45,0	45,0
Thüringen	nein	4/2		11 / 24	45,0 11 / 24
			44,0	45,8	45,8
Sachsen	ja	2/1		9 / 21	8/20
			45,0	42,9 9 / 20	40,0 9 / 23
Saar	nein	4/2		9 / 20	9 / 23
			45,0	45,0	39,1

¹ Die Angaben über weibliche Landes-/Bezirksvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Ostwestfalen-Lippe, Westliches Westfalen, Niederrhein und Mittelrhein sind von 2001; die Angaben von 2003 befinden sich in der Spalte Nordrhein-Westfalen.

² Durch Organisationsreform wurden die bisherigen vier Bezirke am 01.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengelegt.

Landesverband / Be- zirk	weibliche Landes -/ Be- zirks- vorsitzende	stellvertre- tende Vorsit- zende	Landes-/Bezirksvorstände		tände
		gesamt / davon Frauen	und in Prozer	il gesamt / da nt (zum Vergle n 1999 und 20	ich Angaben
			1999	2001	2003
Rheinland / Hessen- Nassau ¹	nein	2/1	52,9	9 / 17 52 9	Rhein- land-
Rheinhessen	nein	2/1		52,9 6 / 15	Pfalz ²
Pfalz	nein	2/1	40,0	40,0 7 / 17	10 / 23 43,5
			35,3	41,2	- ,-
Rheinland-Pfalz	nein	3/0	47,6	47,6	
Baden-Württemberg	ja	4/1		11 / 27	11 / 27
			40,7	40,7	40,7
Bayern	nein	4/2		16 / 38	16 / 38
			43,6	42,1	42,1

Vorstände der Landesverbände, die <u>nicht</u> den Status von Bezirken haben

Landesverband	weibliche Landesvor- sitzende	stellvertre- tende Vorsit- zende	Li	andesvorständ	e
		gesamt / davon Frauen	Frauenanteil gesamt / davon Fraue und in Prozent (zum Vergleich Angab von 1999 und 2001)		ich Angaben
			1999	2001	2003
Niedersachsen	nein	4/2		5 / 10	5 / 10
			45,5	50,0	50,0
Hessen	nein	3/1		8 / 18	8 / 18
			44,4	44,4	44,4

_

¹ Die Angaben über weibliche Bezirksvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Rheinland/Hessen-Nassau, Rheinhessen und Pfalz sind von 2001; die Angaben von 2003 sind in der Spalte Rheinland-Pfalz ersichtlich.

² Durch Organisationsreform wurden die bisherigen drei Bezirke am 14.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Rheinland-Pfalz zusammengelegt.

2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände¹

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	Anzahl der Vorsitz- enden	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	Anzahl der Vorstands- mitglieder	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent
Schleswig- Holstein	15	3	20,0	174	63	36,2
Mecklenburg- Vorpommern	18	3	16,6	146	59	40,4
Hamburg	7	2	28,6	116	50	43,1
Bremen	3	1	33,3	34	18	52,9
Nord-Nieder- sachsen	6	2	33,3	82	34	41,5
Weser-Ems	17	5	29,4	279	121	43,4
Hannover	14	2	14,2	267	111	41,6
Braunschweig	9	3	33,3	160	61	38,1
Sachsen-Anhalt	24	5	20,8	218	80	36,7
Brandenburg	17	2	11,8	217	75	34,6
Berlin	12	1	8,3	177	73	41,2
Nordrhein- Westfalen	54	8	14,8	986	387	39,3
Hessen-Nord	8	0	0	144	79	54,9
Hessen-Süd	19	3	15,8	430	152	34,3
Thüringen	23	3	13,0	158	53	33,5
Sachsen	10	3	30,0	134	37	27,6
Saar	7	0	0	163	59	36,2
Rheinland-Pfalz	28	5	17,9	505	204	40,4
Baden- Württemberg	43	16	37,2	701	258	36,8
Bayern	114	33	28,9	2684	948	35,3
gesamt	462	81	17,5	8.102	2.587	31,9

¹ Stand 09/2003

2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	Anzahl der Vorsitz- enden	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	Anzahl der Vorstands- mitglieder	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent
Schleswig- Holstein	611	146	23,9	3.147	1.028	32,6
Mecklenburg- Vorpommern	151	31	20,5	491	156	31,7
Hamburg	80	20	25,0	748	279	37,3
Bremen	55	16	29,1	447	171	38,2
Nord-Nieder- sachsen	78	20	25,6	730	242	33,2
Weser-Ems	315	57	18,1	3.169	867	27,4
Hannover	510	81	15,8	3.600	1.993	55,4
Braunschweig	181	36	19,8	1.465	433	29,6
Sachsen-Anhalt	270	40	14,8	809	228	28,2
Brandenburg	257	42	16,3	874	256	29,3
Berlin	137	29	21,2	1.730	620	35,8
Nordrhein- Westfalen	1.599	265	16,6	16.977	5.392	31,8
Hessen-Nord	593	62	10,5	3.702	737	19,9
Hessen-Süd	431	99	22,9	4.523	1.288	28,5
Thüringen	286	45	15,7	680	183	26,9
Sachsen	187	28	15,0	781	191	24,5
Saar	341	43	12,6	3.802	1.030	27,1
Rheinland-Pfalz	1.112	197	17,7	8.545	2.251	36,3
Baden- Württemberg	946	218	23,0	6.463	2.017	31,2
Bayern	1.807	212	11,7	14.624	4.163	28,5
gesamt	10.228	1.773	17,3	77.765	22.632	29,1

- 3 Parlamente / Fraktionen / Regierungen
- 3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2003

	1979	1984	1989	1994	1999	2001	2003
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeord-neten	7	8	12	17	14	14	14
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europa-abgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4	40,0	40,0

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 kontinuierlich gesteigert werden und liegt derzeit bei 40 Prozent. Der Rückgang des Frauenanteils 2001 und 2003 auf 40% gegenüber dem Jahr 1999 mit 42,4% ist auf den Wechsel zweier Grüner Abgeordneter im Oktober 2000 in die SPD zurückzuführen. Dadurch ist die deutsche Gruppe auf 35 Abgeordnete (14 Frauen und 21 Männer, statt 19 Männer) angewachsen.

Der Frauenanteil im Europäischen Parlament insgesamt liegt bei 31,4 Prozent (196 Frauen von 625 Abgeordneten). Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) konnte ihren weiblichen Anteil weiter auf 40% steigern (von 175 Abgeordneten sind 70 Frauen), wobei die SPD nach wie vor mit 40 prozentigem Frauenanteil über dem Durchschnitt und mit großem Abstand vor den konservativen Parteien liegt¹.

-

¹ Stand 2. September 2003

3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949 3.2.1

Jahr der		absolut	in Prozent
Bundestagswahl			
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2
1994	1)	86	34,1
	2)	88	35,1
1998	1)	105	35,2
	2)	108	36,9
2002	1)	95	37,8

zu Beginn der Legislaturperiode
 am Ende der Legislaturperiode

3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die acht stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die vier parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie kraft Amtes der Bundestagspräsident und die Bundestagsvizepräsidentin an. Unter diesen 15 Mitgliedern sind 6 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zwei parlamentarische Geschäftsführerinnen sowie die Bundestagsvizepräsidentin), der Frauenanteil liegt bei 40,2 Prozent. Unter den weiteren 30 Vorstandsmitgliedern sind 13 Frauen (43,3 Prozent). Im insgesamt 45-köpfigen Fraktionsvorstand beträgt der Frauenanteil 42,2 Prozent (19 Frauen).

3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

	Anzahl der Frauen	Frauenanteil
		in %
1. Wahlperiode 1949-1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953-1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957-1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961-1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965-1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969-1972	3	10
7. Wahlperiode 1972-1976	4	13,3
8. Wahlperiode	3	10
1976-1980	ab 23.3.78: 4	12,9
9. Wahlperiode 1980-1983	4	12,5
10. Wahlperiode	6	14,2
1983-1987	Ende 1986: 7	20
11. Wahlperiode 1987-1990	11	27,5
12. Wahlperiode	14	29,2
1990-1994	1993: 19	42,2
13. Wahlperiode 1994-1998	18	40,0
14. Wahlperiode	22	46,8
1998-2002	2001: 20	42,6
15. Wahlperiode ab 2002	19	42,2

3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse und Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages¹

	der ordentlichen schussmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in Prozent	
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13	10	76,9	
Ausschuss für Tourismus	7	5	71,4	
Petitionsausschuss	11	6	54,5	
Enquetekommission Ethik und Recht der modernen Medizin	6	3	50,0	
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reak- torsicherheit	13	9	46,2	
Verteidigungsausschuss	13	6	46,2	
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	7	3	42,9	
Ausschuss für Menschenrechte und humani- täre Hilfe	7	3	42,8	
Ausschuss für Kultur und Medien	7	3	42,8	
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungs- wesen	17	7	41,2	
Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherheit	17	7	41,2	
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenar- beit und Entwicklung	10	4	40,0	
Haushaltsausschuss	19	7	36,8	
Innenausschuss	16	6	35,7	
Ausschuss für Bildung, Forschung und Tech- nikfolgenabschätzung	14	5	35,7	
Rechtsausschuss	14	4	28,6	
Finanzausschuss	14	4	28,6	
Sportausschuss	7	2	28,6	
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit	18	5	27,7	
Auswärtiger Ausschuss	16	4	25,0	
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	13	3	23,1	
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union	14	1	7,1	

_

¹ In der Rangfolge der Frauenbeteiligung

Die SPD stellt in 10 der 21 Ausschüsse des Deutschen Bundestages den Vorsitz. Fünf dieser Ausschüsse haben eine sozialdemokratische Abgeordnete als Vorsitzende.

- Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Erika Simm
- Innenausschuss: Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kerstin Griese
- Ausschuss für Kultur und Medien: Monika Griefahn
- Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: Herta Däubler-Gmelin

Die SPD stellt 10 stellvertretende Ausschussvorsitzende, davon haben zwei SPD-Frauen den stellvertretenden Vorsitz in folgenden Ausschüssen inne:

- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung: Ulla Burchardt
- Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Annette Faße

3.2.4.2 Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion

Von den 21 Ausschussarbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die entsprechend der Ausschüsse des Bundestages arbeiten, haben 8 eine Sprecherin (8 von 21 = 38,1 Prozent).

3.3 Bundesregierung

davon Frauen Frauenanteil in insgesamt Prozent Bundesminister/innen 13 6 46.2 SPD: 10 SPD: 5 SPD: 50,0 B 90 /Grüne: 3 B 90 /Grüne: 33,3 B 90 /Grüne: 1 **Parlamentarische** 27 12 44,4 Staatssekretäre / Staatssekretärinnen 1 SPD: 19 SPD: 5 SPD: 26.3 B 90 /Grüne: 7 B 90 /Grüne: 6 B 90 /Grüne: 85,7 parteilos: 1 parteilos: 1

-

¹ einschließlich Staatsminister im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt

3.4. SPD-Fraktionen der Länderparlamente

3.4.1. Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

Bur	ndesland	SPD- Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Pro- zent	letzte Wahlen am
1.	Berlin	44	21	47,7	21.10.01
2.	Bremen	40	18	45,0	25.05.03
3.	Sachsen ¹	14	6	42,9	19.09.99
4.	Niedersachsen	63	27	42,9	02.02.03
5.	Bayern	41	17	41,5	21.09.03
6.	Hamburg	46	19	41,3	23.09.01
7.	Saarland	25	10	40,0	05.09.99
8.	Sachsen-Anhalt	25	10	40,0	21.04.02
9.	Hessen	33	13	39,4	02.02.03
10.	Schleswig-Holstein	41	16	39,0	27.02.00
11.	Thüringen	18	7	38,9	12.09.99
12.	Nordrhein-Westfalen	102	38	37,3	14.05.00
13.	Rheinland-Pfalz	49	18	36,7	25.03.01
14.	Mecklenburg- Vorpommern	33	10	30,3	22.09.02
15.	Brandenburg	36	10	27,7	05.09.99
16.	Baden-Württemberg	45	12	26,6	25.03.01

 $^{^{1}}$ Am Wahltag wurden 6 Frauen gewählt. Eine ist mittlerweile Bürgermeisterin, eine weitere Bundestagsabgeordnete. Für diese beiden Frauen sind Männer nachgerückt.

3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder

Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen ¹

	stellvertretende Frakti- onsvorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktionsvorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Frakti- onsvorstand in %
Baden-Württemberg	1/1	16 / 3	18,7
Bayern	3/3	20 / 7 2	38,5 ³
Berlin	4/3	7/3	46,2
Brandenburg	4/2	5/2	40,0
Bremen	2/1	9/5	50,0
Hamburg	4/2	10 / 4	40,0
Hessen	4/3	2/0	42,9
Mecklenburg- Vorpommern	4/3 4/2	94 / 35	33,0
Niedersachsen	1/0	9/4	44,0
Nordrhein- Westfalen	96 / 4	36 / 10	30,4
Rheinland-Pfalz	5/2	15 / 8	45,4
Saarland	3/1	6/3	40,0
Sachsen	2/1	2/1	40,0
Sachsen-Anhalt	2/2	10 / 5	50,0
Schleswig-Holstein	3 / 2	3/1	42,9
Thüringen	3/1	3/2	33,3

 ¹ Alle Landtagsfraktionen haben einen männlichen Vorsitzenden.
 ² Der neue Fraktionsvorstand nach den Wahlen am 21.9.2003 ist noch nicht berücksichtigt.

³ Der neue Fraktionsvorstand nach den Wahlen am 21.9.2003 ist noch nicht berücksichtigt.

⁴ 6 sind stimmberechtigt; 3 beratend

⁵ 2 sind stimmberechtigt; 1 beratend

⁶ Einschließlich der Parlamentarischen Geschäftsführerin.

3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen	Ausschüsse der Parlamente
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen	SPD-Ausschussvorsitzende ins- gesamt / davon Frauen
Baden-Württemberg	9 / 2	4 / 01
Bayern	12 / 5	4 / 12
Berlin	7/3	6 / 4
Brandenburg	12 / 3	5/2
Bremen	0/0	10 / 3
Hamburg	16 / 5	6/2
Hessen	9 / 4	3/1
Mecklenburg- Vorpommern ³	4/2	6/2
Niedersachsen	10 / 4	7/5
Nordrhein-Westfalen	26 / 8	12 / 5
Rheinland-Pfalz	14 / 6	8/3
Saarland	11 / 5	5/2
Sachsen	5/2	1/0
Sachsen-Anhalt	6/3	3/0
Schleswig-Holstein	9 / 2	5/1
Thüringen	5/1	2/2

¹ Es gibt eine Stellvertreterin. Weiterhin hat die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg einen männlichen und eine weibliche Genderbeauftragte(n) und hat begonnen, den Themenbereich "Arbeit und Wirtschaft" als Gender-Mainstreaming-Projekt zu bearbeiten.

² Die Besetzung der Ausschüsse des am 21.9.2003 neu gewählten Landtages ist noch nicht berücksichtigt.

³ In der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Arbeitskreise, sondern Vorstandsbereiche.

Landesregierungen¹ 3.5

Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist 3.5.1

Bundesland	Zahl der Regierungs- mitglieder insgesamt ²	Zahl der sozialdemo- kratischen Regierungs- mitglieder insgesamt	weibliche Regierungs- mitglieder insgesamt und nach Partei zugehörigkeit	Frauenanteil in der Lan- des- regierung ingesamt in Prozent
Berlin SPD/PDS-Koalition	9	6	2 SPD: 1 PDS: 1	22,2
Brandenburg SPD/CDU-Koalition	10	5	3 SPD: 1 CDU: 2	27,3
Bremen SPD/CDU-Koalition	9	6	2 SPD: 2 CDU:0	22,2
Mecklenburg- Vorpommern SPD/PDS-Koalition	9	6	2 SPD: 1 PDS: 1	22,2
Nordrhein- Westfalen SPD/Grüne- Koalition	13	10	5 SPD: 3 Grüne: 1 Parteilos: 1	38,5
Rheinland-Pfalz SPD/FDP-Koalition	9	7	3 SPD: 3 FDP: 0	33,3
Schleswig-Holstein SPD/Grüne- Koalition	8	6	4 SPD: 3 Grüne: 1	50,0

Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen
² einschließlich der Ministerpräsidenten und der Ministerpräsidentin bzw. Regierenden Bürgermeisters

3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD <u>nicht</u> beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungs- mitglieder insgesamt	weibliche Regierungs- mitglieder insgesamt und nach Partei zugehörigkeit	in Prozent
Baden-Württemberg CDU/FDP-Koalition	11	2 CDU: 1 FDP: 1	18,2
Bayern CSU-Regierung	12	3 CSU: 3	25,0
Hamburg CDU/FDP/PRO Koalition	11	2 CDU: 1 Parteilos:1	18,2
Hessen CDU Regierung	9	3 CDU: 3	30,0
Niedersachsen CDU/FDP-Koalition	10	2 CDU: 2	20,0
Saarland CDU-Regierung	7	3 CDU: 3	37,5
Sachsen CDU-Regierung	9	1 CDU: 1	11,1
Thüringen CDU-Regierung	10	2 CDU: 2	20,0
Sachsen-Anhalt CDU/FDP-Koalition	8	1 CDU: 1	11,1

- 4 Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen
- 4.1 Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr EinwohnerInnen (Stand 1.1.2001)¹

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD- Ratsmitglieder	davon	Frauen	zum Vei in v.	
	3	absolut	in v. H.	2000	1997
1.000.000 und mehr	127	58	45,7	49,3	47,2
500.000 - 1.000.000	297	130	41,4	39,9	39,2
200.000 - 500.000	506	190	37,6	37,7	32,2
100.000 - 200.000	775	278	35,9	35,3	33,2
50.000 - 100.000	1652	503	30,4	31,1	28,9
20.000 - 50.000	5560	1555	27,9	27,6	25,8
Insgesamt	8917	2714	30,5	30,2	28,2

¹ Quelle: Deutscher Städtetag, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohner/innen

Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen 4.2 (Stand: 1.9.2003)

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
in Städten			
100.000 und mehr	74	7	9,5 %
50.000 bis 100.000	77	7	9,0 %
in Kreisen	252	29	11,5 %
Insgesamt	403 ¹	43	10,7 %

Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu 4.3 allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene (Stand: 31.5.2003)²

Anzahl	Anzahl von allen so- zialdemokratischen Amtsinhaber/innen gesamt	Anzahl von weiblichen Amtsinhabern	Frauenanteil in Prozent
Oberbürgermeisterinnen ³	128	10	7,8 %
Bürgermeisterinnen in Städ- ten mit mehr als 50.000 EW	28	5	17,8%
Landrätinnen	92	7	7,6%

¹ Aktuelle Daten für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind nicht verfügbar. Die Daten für Bayern sind nicht vollständig verfügbar.

² Quelle: Bundes-SGK

³ Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der/die Bürgermeister/in den Titel "Oberbürgermeister/in" führt:

In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern/innen vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

4.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs¹ (Stand 31.08.2003)

Vorstände	ordentliche	davon	in Prozent
	Mitglieder	Frauen	
Bundes-SGK	31	11	35,5 %
SGK Baden-Württemberg	27	8	29,6 %
SGK Bayern	27	5	18,5 %
SGK Berlin	20	5	25,0 %
SGK Brandenburg	17	4	23,5 %
SGK Bremen	11	6	54,5%
SGK Hamburg	13	3	23,1%
SGK Hessen	16	6	37,5 %
SGK Mecklenburg-	15	4	26,7 %
Vorpommern SGK Niedersachsen	23	6	26,1%
SGK Nordrhein-Westfalen	30	13	43,3 %
SGK Rheinland-Pfalz	17	4	23,5 %
SGK Saarland	17	2	11,8 %
SGK Sachsen	10	4	40,0 %
SGK Sachsen-Anhalt	9	2	22,2 %
SGK Schleswig-Holstein	10	5	50,0 %
SGK Thüringen	13	4	30,8 %

In zwei Ländern ist eine Frau Vorsitzende der Landes-SGKs:

Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin Elmshorn (Schleswig-Holstein) Heike Taubert, stellvertr. Landrätin Greiz (Thüringen)

¹ Quelle: Bundes-SGK

5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

5.1 SPD-Parteivorstand¹

	Fra	uen	Mä	nner
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Abteilungsleiterinnen/	0	0	5	100
Abteilungsleiter				
Pressesprecherin/	0	0	1	100
Pressesprecher				
Leiterinnen / Leiter bzw.	2	18,2	9	81,8
Referentinnen / Referen-				
ten und persönliche Refe-				
rentinnen und Referenten				
in Vorstandsbüros				
Referatsleiterinnen/	0	0	4	100
Referatsleiter				
Referentinnen/	25	47,2	28	52,8
Referenten				
Sachbearbeiterinnen/	29	78,4	8	21,6
Sachbearbeiter				
Sekretärinnen/	45	100	0	0
Sekretäre				
Mitarbeiterinnen und	11	44,0	14	56,0
Mitarbeiter im techni-				
schen				
und Bürobereich				
Auszubildende	2	100	-	-
gesamt	116	62,7	69	37,3

_

¹ Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes, Stand der Erhebung 21.08.2003. Beim Vergleich zu den Vorjahren ist zu beachten, dass heute mehr Teilzeitstellen im Bereich der Sekretariate eingerichtet wurden im Gegensatz zu früheren Jahren.

5.2 Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD - Personalreferat -

Um mehr Frauen in Positionen ab ReferentInnenebene vermitteln zu können, muss analysiert werden, wie BewerberInnen für diese Bereiche zum Parteivorstand kommen.

Bei Auswahlverfahren werden immer Männer und Frauen in gleicher bzw. Frauen verstärkt berücksichtigt. Ausschlaggebend für Männer ist oftmals objektiv mehr Erfahrungshintergrund durch vorangegangene verantwortungsvolle Positionen oder bestehende Netzwerke in die Politik und ihre Gremien.

Eine Veränderung muss längerfristig angelegt werden, bereits bei den PraktikantInnen sind ca. 80 % der anfragenden Personen Männer. Über diverse Praktika wird oftmals ein Einstieg in die Organisation ermöglicht. Hier sollte in Zusammenarbeit mit Organisationen und Universitäten errreicht werden, dass mehr Frau für Praktika, Volontariate, Trainees oder studentische Aushilfsarbeiten interessiert werden.

Männern und Frauen soll beim Parteivorstand durch flexible Arbeitszeiten ermöglicht werden, während oder nach der Elternzeit in der gleichen Position tätig zu sein, um Karrierechancen nicht zu unterbrechen.

Teilzeitarbeit wird ermöglicht und kann durch die Gesetzesänderung vom Arbeitnehmer / von der Arbeitnehmerin eingefordert werden.

Als Auszubildende wurden 2 jungen Frauen eingestellt.

Die individuelle Aus- und Weiterbildung ermöglicht eine Entwicklung am jeweiligen Arbeitsplatz und innerhalb der Organisation. Fortbildung wird mehrheitlich von Frauen wahrgenommen.

Das neue Programm der Hauptamtlichen-Qualifizierung "Innovation, Qualitätsentwicklung, Personalentwicklung" für die MitarbeiterInnen in der Fläche wie im Willy-Brandt-Haus bietet eine breit gefächerte Lernmöglichkeit.

Hierdurch können die TeilnehmerInnen auch neue Fähigkeiten entdecken und fördern und die persönlichen Erfolgschancen verbessern.

5.3 SPD-Landesverbände, -Bezirke und –Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände

LV / Be- zirk	Leitend des/ Bezirks- geschäf führer/	fts-	Landes- Bezirks schäfts innen	ge-	Refe- rent/in Landes- Bezirks		weitere beiterin und Mit arbeite Landes- verband Bezirk	nnen t- r des -	Regional-/ Kreis-, Unter- bezirksge- schäftsfüh- rer/innen		Mitarbeiterin- nen und Mit- arbeiter der Unterbezirke "ohne poli- tische Zustän- digkeiten"	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Schleswig- Holstein	1	0	0	0	3	1	11	9	1	0	14	12
Mecklen- burg-Vor- pommern	1	0	2	1	1	0	5	5	8	3	6	6
Hamburg	1	0	0	0	4	1	7	6	7	3	3	2
Bremen	1	0	0	0	1	1	3	2	1	1	4	3
Nord-Nie- dersachsen	1	0	0	0	0	0	2	2	3	0	4	4
Weser-Ems	1	0	1	0	0	0	4 ¹	3	7	0	8	8
Hannover	1	0	7	3	1	0	14	11	11	9	6	6
Braun- schweig	1	0	4	1	0	0	2	2	0	0	9	9
Sachsen- Anhalt	1	1	2	2	0	0	5	3	5	1	10	10
Bran- denburg	0	0	1	0	4	2	2	2	10	3	3	3
Berlin	1	0	0	0	5	1	14	12	12	6	1	1
Hessen- Nord	1	0	1	0	1	1	8	4	8	1	10	9
Hessen-Süd	1	0	1	0	2	1	49	33	15	5	10	8
Thüringen	0	0	1	0	1	0	5 ²	4 ³	6	3	6	6
Sachsen	1	0	3	2	1	0	2	2	10	1	2	2
Baden- Würt- temberg	1	0	0	0	6	3	19	12	12	2	28	27
Bayern	0	0	2	0	7	0	64	39	17	4	47	35
Saar	1	0	1	0	0	0	15	9	3	3	7	4
Nordrhein- Westfalen	1	0	1	0	15 ⁴	8 ⁵	25 ⁶	19 ⁷	608	12	Keine A	ngaben
Rheinland- Pfalz	1	1	0	0	0	0	6	5	16	3	24	23

¹ Incl. Auszubildende

² 2 Geschäftsführer, 3 Mitarbeiter

³ 1 Geschäftsführerin, 3 Mitarbeiterinnen

⁴ Incl. Jusos; Stand: 01.01.2003

⁵ Incl. Jusos

⁶ Incl Jusos; Stand: 01.01.2003

⁷ Incl. Jusos

⁸ Unterbezirks Regionalbüros

Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

LV / Bezirk	desgeschäfts- führer/innen		Landesge- schäfts- führer/ innen		Referen- t/innen auf Landes- ebene		weitere Mit- arbeiterin- nen und Mitarbeiter des Landes- verbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen	1 0		2	0	1	1	2	2
Hessen	1	0	1	0	1	0	1	1